

Die Demokratisierung des Wiener Gemeinderates.

(Mit Anschluß des organisierten Mittelstandes.)

Es herrscht ein eigentümliches Mißverhältnis zwischen der äußeren Gebärde unserer Demokratie und der Wirkung, die ihrer Tätigkeit innewohnt. Demokratie heißt Gleichberechtigung, heißt Freilegung des Weges für die Tüchtigkeit, die aus dem Volkswillen heraus zur öffentlichen Entfaltung gelangen soll. Es war klar, daß in einer demokratischen Republik die Art der Zusammensetzung der Wiener Gemeindeverwaltung sich nicht halten konnte, um so weniger als die Partei, die die Umwälzung zunächst zur Herrschaft gebracht hatte, ein begreifliches Interesse daran hatte, raschestens auch in der Gemeindeverwaltung entsprechenden Einfluß durch die Verstärkung ihrer Mandatsträger zu gewinnen. So wurde also eine Anzahl von Mandaten den früheren Machthabern weggenommen und den neuen Machthabern zugewiesen. Jetzt hat die Bevölkerung das, was sie braucht, das äußere Zeichen der Demokratie ist vollzogen!

Die breiten Massen der Bevölkerung, sofern sie nicht gewohnt waren, alle ihre Handlungen politisch zu betrachten, sofern sie nicht erzogen worden sind dazu, der Beurteilung ihrer Lebensmöglichkeiten politische Erwägungen zugrunde zu legen, stehen dieser Art der Demokratisierung vollständig verständnislos gegenüber. Sie können eine Freiheit nicht verstehen, die sich unter dem Terror der früheren Parteien abspielt und den freien Kräften des Volkes sowie der großen Masse derer, die ihrer politischen Überzeugung nach weder der einen noch der anderen Partei angehören können, jedwede Bewegungsmöglichkeit raubt. Insbesondere bei der sogenannten Demokratisierung der Gemeindeverwaltung drängt sich dieser Eindruck auf, da in den weitesten Kreisen der Bevölkerung die Meinung vorherrscht, daß es bei der Gemeindegemeinschaft gerade in dieser furchtbaren schweren Zeit nicht so sehr auf ein politisches Parteibekenntnis ankommt als auf positive Leistung, die sich auf praktische Arbeit und bewährte Tatkraft stützen muß. Gerade der Mittelstand hat seit Kriegsbeginn die Überzeugung gewinnen müssen, daß die nach den alten Parteischattierungen zusammengefaßtesten politischen Parteien seine Interessen auf das schlechteste vertreten haben. Der Mittelstand ist bei dieser Interessenvertretung einfach zugrunde gegangen, und hätte er sich nicht zur Selbsthilfe aufgeschwungen und Organisationen geschaffen, die der wirtschaftlichen Verelendung erfolgreich entgegengearbeitet haben, so wären auch die letzten Reste des Kleinbürgertums im Unterproletariat aufgegangen. Was ist das für eine Demokratie, wenn sie die soziale und wirtschaftliche Arbeit des einzelnen davon abhängig macht, daß dieser einzelne sich dem politischen Parteidiktat einer der derzeit im Wiener Gemeinderat vertretenen politischen Parteienverbände anschließen muß? Mit dieser Taktik hat man wieder einmal große Kreise des ehemaligen

Bürgertums, der mittelständischen Angestelltenverbände und andere in die Arme der sozialdemokratischen Partei getrieben. Das ist ja allerdings das geringste Uebel. Verhängnisvoller erscheint es, daß alle diejenigen, die wertvolle wirtschaftliche Arbeit zu leisten vermögen und Proben davon während der ganzen Kriegszeit der Wiener Bevölkerung gegeben haben, sich abgestoßen fühlen von dem die Gemeindeverwaltungsarbeit störenden Parteienkampf, daß jeder, der diesem Kampf ausweichen will, weil in dieser schweren wirtschaftlichen Krise alle Arbeit der Gemeindefunktionäre der Behebung der wirtschaftlichen und sozialen Not gelten muß und nicht durch Parteienkampf und Streit aufrehalten werden darf, unter solchen Bedingungen das Mandat ablehnen mußte.

Mit schwerer Bangigkeit muß der Mittelstand der künftigen Entwicklung entgegensehen. Überall macht sich das Bestreben nach politischem Terror geltend, und wieder tritt das konfessionelle Moment als Gefahr hervor. Starre Unduldsamkeit einerseits, unzeitgemäße Uebergriffe andererseits sehen wir zu mächtiger Gegenwehr herausfordern, und wenn uns dabei die trostlose wirtschaftliche Lage bewußt wird, die die Konzentration aller Kräfte zur Ueberwindung der allerschwersten Zeit so dringend erheischen würde, dann müssen wir angesichts der vielen Hindernisse, die sich der gedeihlichen Gesamtarbeit entgegenstellen, den Mut sinken lassen. Armes neues Oesterreich!